

Open Government Studie veröffentlicht

[2.8.2012] Das Bundesinnenministerium hat die von ihm beauftragte Studie zu Open Government Data in Deutschland veröffentlicht. Ergebnis: Viele Daten können bereits offengelegt werden – und zwar ohne oder nur mit geringfügigen Änderungen.

Im Rahmen der Studie "Open Government Data Deutschland" wurden rechtliche, technische und organisatorische Fragen rund um die Offenlegung von Datenbeständen der öffentlichen Verwaltung untersucht (wir berichteten). Die Ergebnisse hat das Bundesministerium des Innern (BMI) jetzt veröffentlicht. Es wurde festgestellt, dass viele Verwaltungsdaten bereits auf der Basis des geltenden Rechts offengelegt werden können – und zwar ohne oder nur mit geringfügigen Änderungen. Insgesamt beschreibt die Studie, die von Fraunhofer FOKUS gemeinsam mit dem Lorenz-von-Stein-Institut Kiel und dem Unternehmen ÖPP Deutschland sowie in Abstimmung mit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Open Government" des IT-Planungsrates erstellt wurde, den Status quo in Deutschland und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen. So will das BMI eigenen Angaben zufolge bis Anfang 2013 den Prototyp eines ebenenübergreifenden Online-Portals entwickeln und testen. Für Interessenten sollen damit jene Datenbestände, die zur Weiterverwendung freigegeben sind, schnell sichtbar und einfach nutzbar werden. Zugleich werde die Digitale Agenda der EU-Kommission mit ihrem Ziel berücksichtigt, öffentliche Daten bereitzustellen, um die Wirtschaft zu fördern und die Transparenz zu erhöhen. Den Prototyp für Deutschlands erste Open-Government-Data-Plattform soll Fraunhofer FOKUS umsetzen. (cs)

Die Studie zum Download (; 9,8 MB) (Deep Link)
<http://www.bmi.bund.de>

Stichwörter: Open Government, Bundesinnenministerium (BMI), Open Data, Fraunhofer FOKUS, Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, ÖPP Deutschland AG

Bildquelle: PEAK

Quelle: www.move-online.de